

Aufgrund des Art. 3 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz erläßt die Gemeinde Saulgrub folgende

Satzung über die Erhebung der Hundesteuer

§ 1 Steuertatbestand

Das Halten eines über vier Monate alten Hundes im Gemeindegebiet unterliegt einer gemeindlichen Jahresaufwandsteuer nach Maßgabe dieser Satzung. Maßgebend ist das Kalenderjahr.

§ 2 Steuerfreiheit

Steuerfrei ist das Halten von

1. Hunden ausschließlich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben,
2. Hunden des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariterbundes, des Malteser-Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfallhilfe, des Technischen Hilfswerks oder des Bundesluftschutzverbandes, die ausschließlich der Durchführung der diesen Organisationen obliegenden Aufgaben dienen.
3. Hunden, die für Blinde, Taube, Schwerhörige oder völlig Hilflose unentbehrlich sind,
4. Hunden, die zur Bewachung von Herden notwendig sind,
5. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind,
6. Hunden, die die für Rettungshunde vorgesehenen Prüfungen bestanden haben und als Rettungshunde vorgesehenen Prüfungen bestanden haben und als Rettungshunde für den Zivilschutz, den Katastrophenschutz- oder den Rettungsdienst zur Verfügung stehen,
7. Hunde in Tierhandlungen.

§ 3 Steuerschuldner (Haftung)

1. Steuerschuldner ist der Halter des Hundes. Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushalts- oder Betriebsangehörigen

aufgenommen hat. Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat, oder auf Probe oder zum Anlernen hält.

Alle in einen Haushalt oder einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.

2. Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.
3. Neben dem Hundehalter haftet der Eigentümer des Hundes für die Steuer.

§ 4

Wegfall der Steuerpflicht (Anrechnung)

1. Die Steuerpflicht entfällt, wenn ihre Voraussetzungen nur in weniger als drei aufeinanderfolgenden Kalendermonaten erfüllt werden.
2. Tritt an die Stelle eines verendeten oder getöteten Hundes, für den die Steuerpflicht besteht, bei demselben Halter ein anderer Hund, so entsteht für das laufende Jahr keine neue Steuerpflicht.
3. Wurde das Halten eines Hundes für das Steuerjahr oder für einen Teil des Steuerjahres bereits in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschlands besteuert, so ist die erhobene Steuer anzurechnen, die für das Steuerjahr nach dieser Satzung zu zahlen ist. Mehrbeträge werden nicht erstattet.

§ 5

Steuermaßstab und Steuersatz

- | | |
|--|-----------|
| (1) Die Steuer beträgt | |
| für den ersten Hund | 50 Euro |
| für den zweiten und jeden weiteren Hund | 100 Euro |
| (2) Abweichend von Abs. 1 beträgt die Steuer für
sog. Kampfhunde je | 1000 Euro |

Als Kampfhunde gelten die in der Verordnung über Hunde mit gesteuerter Aggressivität und Gefährlichkeit des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 10.07.92, in der jeweils gültigen Fassung, aufgeführten Rassen und Gruppen von Hunden, sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden.

- (3) Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach § 2 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen. Sog. Kampfhunde gelten als erste Hunde, im übrigen gelten Hunde für die die Steuer nach § 6 ermäßigt wird, als erste Hunde.

§ 6 **Steuerermäßigungen**

- (1) Die Steuer ist um die Hälfte ermäßigt für
 1. Hunde, die in Einöden und Weilern (Abs.2) gehalten werden.
 2. Hunde, die von Forstbediensteten, Berufsjägern oder Inhabern eines Jagdscheins ausschließlich oder überwiegend zur Ausübung der Jagd oder des Jagd- oder Forstschutzes gehalten werden, sofern nicht die Hundehaltung steuerfrei ist; für Hunde, die zur Ausübung der Jagd gehalten werden, tritt die Steuerermäßigung nur ein, wenn sie die Brauchbarkeitsprüfung nach § 58 der Landesverordnung zur Ausführung des Bayer. Jagdgesetzes vom 10. Dezember 1968 (GVBL Seite 343) mit Erfolg abgelegt haben.
- (2) Als Einöde (Abs. 1 Nr. 1) gilt ein Anwesen, dessen Wohngebäude mehr als 500 m von jedem anderen Wohngebäude entfernt ist. Als Weiler (Abs.1 Nr.1) gilt eine Mehrzahl benachbarter Anwesen, die zusammen nicht mehr als 300 Einwohner zählen und deren Wohngebäude mehr als 500 m von jedem anderen Wohngebäude entfernt sind.
- (3) Für sogenannte Kampfhunde gilt Absatz 1 nicht.

§ 7 **Züchtersteuer**

- (1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse in zuchtfähigem Alter, darunter eine Hündin, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer für Hunde dieser Rasse in der Form der Züchtersteuer erhoben. § 2 Nr. 7 bleibt unberührt.
- (2) Die Züchtersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird, die Hälfte des Steuersatzes nach § 5. § 5 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 8 **Allgemeine Bestimmungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung** **(Steuervergünstigung)**

- (1) Maßgebend für die Steuervergünstigung sind die Verhältnisse zu Beginn des Jahres. Beginnt die Hundehaltung erst im Laufe des Jahres, so ist dieser Zeitpunkt entscheidend.
- (2) In den Fällen des § 6 kann jeder Ermäßigungsgrund nur für jeweils einen Hund des Steuerpflichtigen beansprucht werden.

§ 9

Entstehung der Steuerpflicht

Die Steuer wird einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheides zur Zahlung fällig.

§ 10

Fälligkeit der Steuer

Die Steuerschuld wird einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids fällig.

§ 11

Anzeigepflichten

- (1) Wer einen über vier Monate alten, der Gemeinde noch nicht gemeldeten Hund hält, muß ihn unverzüglich der Gemeinde melden. Zur Kennzeichnung eines jeden angemeldeten Hundes gibt die Gemeinde ein Hundezeichen aus.
- (2) Der steuerpflichtige Hundehalter (§ 3) soll den Hund unverzüglich bei der Gemeinde abmelden, wenn er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat, wenn der Hund abhanden gekommen oder eingegangen ist, oder wenn der Halter aus der Gemeinde weggezogen ist.
- (3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung weg oder ändern sie sich, so ist das der Gemeinde unverzüglich anzuzeigen.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.08.2006 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung der Hundesteuer vom 13.02.2001 außer Kraft.

Saulgrub, den 03. Juli 2006


Mangold


1. Bürgermeister
(lt. Beschluß des Gemeinderates vom 29.06.2006)



Bekanntmachungsvermerk:

Die amtliche Bekanntmachung der Satzung erfolgte am 13.07.2006 durch Niederlegung in der Gemeinde Saulgrub, Rathaus Saulgrub, Kohlgruberstr.2, 82442 Saulgrub.
Hierauf wurde hingewiesen durch Anschlag an den Amtstafeln der Gemeinde Saulgrub. Der Anschlag wurde bekanntgemacht am 04.07.2006 und abgenommen am 31.07.2006
Saulgrub, den 01.08.2006

Verwaltungsgemeinschaft Saulgrub

Mangold 
Gemeinschaftsvorsitzender



Gemeinde Saulgrub

Bekanntmachung

Vollzug des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG); Erlaß einer Satzung über die Erhebung der Hundesteuer

Der Gemeinderat Saulgrub hat in der Sitzung am 29.06.2006 den Neuerlass der Hundesteuersatzung beschlossen

Auf Grund eines Urteils des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes war die Regelung in § 10 (Fälligkeit der Steuer) zu ändern.
Aus diesem Grunde wurde die Satzung insgesamt neu erlassen und in § 10 der Satzung folgender Text aufgenommen:

§ 10 Fälligkeit der Steuer
„Die Steuerschuld wird einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheid fällig“.

Die Satzung tritt zum 01.08.2006 in Kraft.

Die Satzung wird hiermit amtlich bekanntgemacht und liegt in der Zeit vom

13.07.2006 bis 31.07.2006

in der Gemeinde Saulgrub, Rathaus, Kohlgruberstr. 2 sowie in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Saulgrub, Kohlgruber Str. 2, 82442 Saulgrub - während der allgemeinen Amtsstunden - zur Einsichtnahme auf.

Saulgrub, den 03.07.2006

Gemeinde Saulgrub

gez.
Mangold
1. Bürgermeister

Bekanntmachungsvermerk:
Ortsüblich bekanntgemacht durch
Anschlag an den Amtstafeln
am: 03.07.2006
abgenommen am: 31.07.2006

Die Richtigkeit bescheinigt:

Verwaltungsgemeinschaft
Saulgrub

JN

***Beglaubigter Auszug aus der Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Saulgrub
am: 29.06.2006***

Punkt 5

Vollzug des KAG:

Neuerlass der Hundesteuersatzung

Mit Urteil vom 02.02.2005 hat der Bay.VGH entschieden, dass eine Abgabesatzung, die die Bestimmung der Fälligkeit der Abgabeschuld der Behörde im Rahmen des Normvollzugs überlässt, insgesamt nichtig ist.

Dadurch ist die gemeindliche Hundesteuersatzung in § 10 zu ändern und die Satzung insgesamt neu zu erlassen.

Die näheren Einzelheiten hierzu wurden erläutert.

Beschluss-Nr. 337

Abstimmung: 11 - 0

Der Gemeinderat beschließt, auf Grund des Urteils des Bay.VGH den § 10 der Hundesteuersatzung zu ändern und beiliegende Satzung, -welche Bestandteil dieses Beschlusses ist- insgesamt neu zu erlassen.

Sämtliche 13 Mitglieder waren ordnungsgemäß eingeladen. Hiervon waren 11 Mitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit war somit gegeben.

Die Übereinstimmung des Auszuges mit den Eintragungen im Niederschriftenbuch wird beglaubigt.

82442 Saulgrub, den 04.07.2006

Gemeinde Saulgrub

Mangold

1. Bürgermeister

*Niederschrift
über die nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderates Saulgrub
am: 05.06.2003*

Punkt 3

Hundsteuersatzung:

Beratung und evt. Beschlussfassung über Erhöhung der Hundesteuer (Anfrage bei
Bürgerversammlung) -Wiedervorlage-

In der Bürgerversammlung wurde vorgetragen, daß die Hundesteuer erhöht werden sollte.

		<u>ab 1.1.2000</u>	<u>ab 1.1.2002</u>
Die Hundesteuer betrug	für den 1. Hund	DM 50,--	Euro 50,--
	für den 2. Hund	DM 100,--	
	für den 3. und jeden weiteren Hund	DM 200	
	für den 2. und jeden weiteren Hund		Euro 100,--
	Kampfhunde		Euro 1000,--

In der Beratung wurde vorgebracht, daß die Hundesteuer erst zum 1.1.2002 erheblich angehoben wurde eine erneute Erhöhung –auch im Vergleich zu den Nachbargemeinden- nicht vorgenommen werden sollte.

Beschluß-Nr. 145 a

Abstimmung: 13 - 0

Der Gemeinderat beschließt, die bisher festgesetzte Hundesteuer zu belassen und keine Erhöhung vorzunehmen.
